Namslauer Stadtblatt.

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

52. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 94.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,20 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 10 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 10 Goldpfennig für Auswärtige 20 Goldpfennig im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 50 Goldpfennig. Schluß der Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Beilagegebühr nach Vereinbarung.

Nr. 173. | Verantwortlich für Schriftleitung: Franz Otto, Namslau. | Donnerstag, den 23. Oktober. | Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. | **1924.**

Auflösung des Reichstages!

Alle gehen nach Hause, die Komödie ist aus. Es war ein grausames Spiel, das die Linksparteien trieben, um die Rechtsparteien um die ihnen zukommende Stellung im Reiche zu prellen. Wenn jetzt die Unruhen einer Neuwahl bevorstehen, hat sich das Volk bei den Herren Demokraten zu bedanken, deren Eigensinn die zuletzt noch fast zustande gekommene Einigung verhindert hat. Nun, wir glauben, daß das Volk ihnen dafür den Dank abstatten wird, der einem solchen Störenfried gebührt. Bei der Mandatsschwindsucht, an der die Demokratie seit Jahren leidet, war es eine schwer begreifliche Zumutung von ihrer Seite, der um das vielfache stärkeren Majorität der Rechtsparteien ihren Willen diktieren und das Volk in den Ketten der Sozialdemokratischen Partei festhalten zu wollen, deren unfruchtbare Politik das Volk in diesen Jahren so schwer hat büßen müssen. Man darf nicht vergessen, daß die Deutschnationalen nach ihrem Erfolge bei der Maiwahl dieses Jahres ein bindendes Versprechen erhalten haben, daß ihre Ansprüche auf die ihnen zustehende Stellung in der Regierung erfüllt werden würden. Dieses Versprechen ist nicht gehalten, und damit ist nicht nur die Partei, sondern es sind die Millionen, die als Wähler hinter ihr stehen, entrechtet worden. Jeder Versuch zur Regierungsumbildung ist von der Demokratie, die sich in ihrer Verblendung der Sozialdemokratie unlösbar verbunden fühlt, vereitelt worden.

Die Deutsche Volkspartei hat diesem unwürdigen Treiben durch ihre scharfe Forderung, endlich die Regierung dem Verlangen des Volkes gemäß zu gestalten, ein Ende zu machen gesucht. Stresemann selbst hat noch am Sonntag auf der Tagung seiner Partei in Frankfurt a. M. festgestellt: So ging und so geht es nicht weiter. Eine Regierung, die sich nur auf 138 von 472 Mandaten stützen kann, ist unmöglich. So ist es in der Tat, und da die Demokratie sich bockig jeder friedlichen Einigung widersetzte, muß nun eben der Wahlkampf ausgefochten werden.

Ob die Demokratie absichtlich auf Neuwahlen hingearbeitet hat, möchten wir bezweifeln. Sie hat wohl in der üblichen Ueberschätzung ihrer Bedeutung geglaubt, ihren Willen durchsetzen zu können. Auch in der Sozialdemokratie, die vor Wochen noch sehr selbstbewußt nach Neuwahlen schrie, war es recht still davon geworden. Sie hatte den vermeintlichen günstigen Zeitpunkt verstreichen lassen müssen, und mit der Annahme des Dawes-Gutachtens war ihr ein Haupttrumpf weggenommen Womit will sie jetzt Wähler fangen? Das Abkommen von Washington über den Achtstundentag dürfte dazu schwerlich geeignet sein. Das Dawes-Abkommen, für das sie mit Pauken und Trompeten eingetreten ist, zwingt Deutschland, erst und vor allem Arbeit zu leisten, nicht aber, sie zu begrenzen. Das ist wohl auch den Arbeitern in der Mehrzahl schon klar geworden. Landwirtschaftszölle? Daß die Landwirtschaft schwer zu ringen hat und geschützt werden muß, wenn sie ihre Pflichten gegen das Volk erfüllen soll, weiß so ziemlich alle Welt. Das wird natürlich nicht hindern, daß diese beiden Punkte eine große Rolle in der Agitation spielen werden, nur zugkräftig wird sie nicht sein. Die Deutschnationale Volkspartei hat nicht zur Auflösung gedrängt und ist gewiß sehr maßvoll in ihren Forderungen gewesen, maßvoller vielleicht, als es manchem ihrer Mitglieder im Lande eingeleuchtet hat. Um so mehr darf sie mit ruhigem Gewissen in den Wahlkampf gehen und von ihren Wählern eine Unterstützung erwarten, die sie befähigt, mit noch größerem Nachdruck ihr Recht durchzusetzen.

Wenn, wie verlautet, mit der Reichstags- auch die Preußenwahl verbunden werden soll, so kann das der Wahlbeteiligung und ihrem Erfolge nur zu statten kommen. Die preußische Regierungskoalition ist schon längst überfällig. So bietet sich den Wählern der Rechtsparteien zugleich die Gelegenheit, auch in Preußen diejenigen Umstellungen herbeizuführen, die dem rege gewordenen nationalen Gewissen des Volkes entspricht.

Reichstagswahlen am 7. Dezember.

Berlin, 21. Oktober. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 21. Oktober 1924 die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember anberaumt.

Gleichzeitig preußische Landtagswahlen.

Berlin, 21. Oktober. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." aus Kreisen der preußischen Koalitionsparteien hört, soll dort die Absicht bestehen, die preußischen Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen zu verbinden. Die starken Vorzüge einer solchen Vorverlegung der für Februar nächsten Jahres verfassungsmäßig notwendigen Wahlen liegen auf der Hand. Man hege besonders die Befürchtung, daß die schon jetzt zu erwartende Wahlmüdigkeit Wahlen, die nach kürzerer Zeit stattfinden würden, in geradezu verheerendem Maße beeinträchtigen würden. Schwierigkeiten, wie sie besonders in Gestalt des unvollendeten Etatswerkes bestehen, hoffe man dadurch überwinden zu können, daß der im Ausschuß jetzt bereits offiziell durchgearbeitete Staatshaushaltsetat en bloc angenommen wird. Die preußische Regierung soll den Neuwahlen sympathisch gegenüberstehen. Voraussichtlich werde der Landtag noch am Mittwoch aufgelöst werden.

Berlin, 21. Oktober. Wie die T. U. erfährt, haben die Deutschnationalen im Aeltestenrat des preußischen Landtages, der um die Mittagstunde zusammengetreten ist, den Antrag auf Auflösung des preußischen Landtages gestellt. Der Reichs-

Kinder des Rheins.

Roman von Anny Wothe.

Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten.
Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.
(Nachdruck verboten.)

(27. Fortsetzung.)

Tiefer sanken die Schatten des Abends. Ueber Nonnenwerth lag ein letztes Glühen, dann versank die Heinburg im Dämmerlicht.

„Siehst du keinen Ausweg, Rochus?" fragte Jochen leise besorgt.

Der Freiherr schüttelte müde das Haupt.

„Nein, Jochen, ich habe es nun aufgegeben mir Tag und Nacht den Kopf zu zerbrechen. Ich muß es aufgeben. Die Wolfsburg wird verkauft und ich kann den weißen Stab zur Hand nehmen und wandern."

„Es war unklug von dir, die Hilfe des Kommerzienrats auszuschlagen, Rochus. Hanno hatte sich viel Mühe gegeben, wenigstens uns nicht in der Patsche sitzen zu lassen."

Eine flammende Röte flog über das blasse, hagere Gesicht des Freiherrn.

„Schweige, bitte, davon. Mir brennt die Scham auf der Stirn, wenn ich bloß daran denke. Hanno hat es sicher gut gemeint, aber für mich war die Annahme dieses Geldes gänzlich ausgeschlossen, abgesehen davon, daß ich nicht die geringste Möglichkeit sah, es je wieder zurückzuzahlen. Bei dir liegt die Sache anders. Jochen, du hattest durch deine Erfindung und durch deine Arbeitskraft etwas in die Wagschale zu werfen, ich jedoch hatte nichts zu bieten und wäre sozusagen vom Regen in die Traufe gekommen."

„Vielleicht könntest du eine neue Hypothek aufnehmen," fiel Jochen ein. „Das alte Wolfsnest ist nicht ohne Wert. Es findet sich vielleicht noch irgend ein Geldmann, der dir hilft."

„Was hätte ich davon? Höchstens eine Galgenfrist gewonnen. Das böse Ende käme später doch und gewiß viel bitterer für mich. Nein, ich kann die Wolfsburg nicht mehr belasten und ich will es nicht."

„Ja, Mensch, was willst du denn eigentlich beginnen?"

Rochus zuckte die Achseln.

„Meine Bibliothek hoffe ich wenigstens retten zu können. Ich werde dann nach Bonn übersiedeln und versuchen als freier Schriftsteller mir mein Brot zu verdienen."

„Das hälst du gar nicht aus, Rochus. Ich weiß wohl, daß du durch deine Schriften, die in letzter Zeit überall Beachtung fanden, dich durchs Leben bringen kannst, aber du in deiner Stadtwohnung, in armselig kleinen Verhältnissen, wo du bisher als Burgherr hier unbeschränkte Herrschaft hattest. Das ist einfach undenkbar."

„Und doch wird es sein müssen, Jochen. Laß uns von etwas anderem reden. Jeder Tag, den ich hier noch sitze, ist ein geschenkter und ich genieße dankbar mein Heimatrecht in vollen Zügen."

„Hast du denn niemand, den du beerben kannst? Gibt es nicht irgend eine alte Tante oder so was in eurer Familie, die dir was vermachen könnte? Oefter liest man von solchen Glücksfällen".

Nun kam doch ein leises Lächeln in Rochus ernstes Gesicht.

„Du bist ein unverbesserlicher Schwärmer, Jochen, nein, ich habe keine Verwandten. Ein alter Großonkel, der zwar vermögend ist, hat allein ein paar regelrechte Neffen, die ihm ein schönes Stück Geld kosten, sonst bin ich einsam. Nach dieser Seite hin ist also nicht die geringste Aussicht, mein lieber Junge. Die Geschichte ist und bleibt hoffnungslos. Doch jetzt, Jochen, laß uns noch einmal die Becher füllen. Der Tag ist verrauscht. Still ruht da unten im grünen Rhein das versunkene Königsland, versunken wie das Königsland unserer Liebe in unserer eigenen Brust. Die Guntrams haben das Wort geprägt. — Ich muß immer daran denken. Wenn mich etwas aufrecht erhält, so ist es das Gefühl, daß ich zwar arm, doch innerlich stolz und frei meine Königswege gehen kann, weil ich die Kraft habe, mein besseres Teil nicht für Geld zu verkaufen. Stoß mit mir an, Freund, unser Königsland, es lebe hoch!"

Hell klangen die Becher und dann reichten sich die Männer fest wie zum Gelöbnis beide Hände.

Tauchte da aus dem Strom zu ihren Füßen nicht der weiße Leib der Nixe aus dem Grund? Hielt sie nicht mit hocherhobenen Händen eine funkelnde Krone empor?

Glänzten nicht alle Burgen weithin im Mondenlicht wie Märchenpaläste? Ging nicht das Jauchzen des Frühlings durchs weite Land, auf das sie trunkenen Auges blickten, wo jeder schwelgte in Tanz und Liedern und in goldfunkelndem Wein?

Noch einmal klangen die Becher, da trat ein greisenhafter Diener mit einem Windlicht auf die Rotunde und der Zauber versank.

Unwillig über die Störung wollte Rochus auffahren, doch der eisgraue Alte sprach:

„Gnädiger Herr, wollen gütigst die Störung verzeihen, der Brief ist soeben als dringend, mit dem Eilboten gekommen."

Rochus winkte dem Diener stumm zu gehen.

Beide Männer starrten, als sie allein, wie gebannt auf den Brief mit den fremdländischen Marken und dem großen Siegel.

(Fortsetzung folgt.)

Staatliche Lotterie - Einnahme

Haesler

Ziehung 2. Klasse am 14. und 15. November 1924.

vorstand der demokratischen Partei, der heute vormittag im Reichstagsgebäude zusammengetreten ist, um die Neuwahlen vorzubereiten, wird voraussichtlich auch in seiner heutigen Sitzung die Auflösung des preußischen Landtages fordern, damit die Reichswahlen und Preußenwahlen gemeinsam stattfinden können.

Berlin, 21. Oktober. Der Landtag wird voraussichtlich noch diese Woche zusammenbleiben, um die nötigsten Arbeiten zu erledigen. U. a. wird er noch eine Aenderung des Wahlrechtes vornehmen, durch die der jetzt auch bei den Reichstagswahlen übliche Einheitsstimmzettel eingeführt werden soll.

Der Sinn der Neuwahlen.

Berlin, 21. Oktober. Ueber den Sinn der Neuwahlen äußert sich der bekannte Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, einem Vertreter des „Berliner Lokalanzeigers" gegenüber folgendermaßen: Zur Auflösung des Reichstages sei es gekommen, weil man sich nicht habe entschließen können, die den Deutschnationalen gegebenen Zusicherungen zu halten. Man glaubte Rücksicht auf die Nebenregierung, die der Mehrheit im Zentrum ihren Willen aufzwingt, und auf die Demokraten nehmen zu müssen. Noch in den letzten Tagen sei den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei immer wieder mitgeteilt worden, die Kanzler und das Kabinett könnten eine Regierung ohne Teilnahme der Demokraten nicht bilden. Reichskanzler und Kabinett hätten also geglaubt, auf die Demokraten entscheidend Rücksicht nehmen zu müssen. Sollte man wirklich wider alle Wahrheit versuchen, den Deutschnationalen die Schuld zuzuschieben, sei dieser Versuch auf das energischste zurückzuweisen. Nur die Rücksichtnahme auf die Linke, auf Demokraten und Sozialdemokraten, habe zur Reichstagsauflösung geführt. Die Auflösung werde schwere Folgen haben im Hinblick auf das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands. Die Verantwortung trügen diejenigen, die schuld daran seien, daß die Kabinettserweiterung nach rechts nicht zustande gekommen sei, auf Grund deren eine Regierungsbildung allein möglich sei. Graf Westarp verwies auf die Verhältnisse, wie sie früher in England bestanden. Die Entscheidung ginge unter der Parole: „National oder sozialdemokratisch". Es dürften nicht wieder so unklare Zustände herrschen, daß eine Minderheit der Mitte die Zügel der Regierung führe. Das Volk wolle wissen, in welchem Sinne es künftig geleitet werde. Das sei das Ziel der letzten Wahlen gewesen, das sei mehr das Ziel noch der neuen Wahlen. Die Deutschnationalen sähen diesen Neuwahlen mit vollem Zutrauen entgegen.

Der frühere Reichsminister Dr. jur. und Dr. ing. h. c. Scholz, der Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, stellte in seinen Aeußerungen einem Vertreter desselben Blattes gegenüber fest, daß die Deutsche Volkspartei seit einem Jahre mit Folgerichtigkeit auf die bürgerliche Koalition hingearbeitet habe. In den letzten Wochen sei der Gedanke der Notwendigkeit, in dieser Richtung zu wirken, in der Partei immer stärker hervorgetreten. In der Verfolgung dieser Frage habe die Partei nach den letzten Reichstagswahlen die Auflösung des Reichstages verhindern wollen. Abgesehen von jeder parteipolitischen Rücksichtnahme hätte auch in mathematischer Hinsicht der Bürgerblock die einzige Möglichkeit für eine Mehrheitsbildung gegeben. Nicht die Deutsche Volkspartei und auch nicht die Deutschnationale Volkspartei tragen die Schuld an der Auflösung. Die Schuld läge allein bei den Demokraten, die aus nicht mehr rein sachlichen Gründen die Regierungserweiterung abgelehnt hätten.

Bayerische Meinungen.

München, 21. Oktober. Die Reichstagsauflösung wird in der Münchener Presse eingehend kommentiert. Die „München-Augsburger Abendzeitung", das deutschnationale Organ, wendet sich scharf gegen die Auflösung. Nie sei ein Reichstag leichtfertiger nach Hause geschickt worden, als dieses nur kurze Zeit gewählte Parlament. Die „Münchener Neueste Nachrichten" bezweifeln, daß die Auflösung des Reichstages wirklich der einzige Ausweg war. Nach ihrer Auffassung wären die Regierungskrisen der vergangenen Jahre, vor allem die jetzige, in erster Linie die Krisis eines Parlamentarismus, der noch nicht zu der Erkenntnis der eigenen Gesetze und Lebensbedingungen gekommen sei. Auch der „Bayerische Kurier", das Organ der Bayerischen Volkspartei, verurteilt die Auflösung und die Haltung der Demokraten.

Die englische Presse und die Reichstagswahlen.

London, 21. Oktober. Die Neuwahlen in Deutschland werden von der englischen Presse oder richtiger von den Berliner Korrespondenten als ein Ergebnis der Unhaltbarkeit der parlamentarischen Lage im Reichstag angesehen. Die „Morning Post" schreibt u. a.: Nach demokratischer Ansicht würde die Einbeziehung der Deutschnationalen einen verhängnisvollen Einfluß auf die deutschen auswärtigen Beziehungen und außerdem nur Schwierigkeiten in der Heimat zur Folge haben, da hierdurch der Kampf zwischen Bourgeoisie und Sozialisten heraufbeschworen würde. Die „Times" ist das einzige Blatt, das sich redaktionell und an leitender Stelle mit den Neuwahlen in Deutschland beschäftigt. Dabei benutzt das Blatt immer wieder den von der englischen Presse geübten Trick einer Verwechslung zwischen nationaler und nationalistischer Parteieinstellung. Das Blatt schreibt: Herr Marx hat sein Bestes getan und alle Möglichkeiten einer Koalition mit Einschluß der Nationalisten und der Sozialdemokraten überlegt. Die Neuwahlen scheinen die beste Lösung zu sein. Eine künftige Regierung mit vier nationalistischen Ministern würde sich als unfähig erwiesen haben, mit den auswärtigen Problemen, die durch den Dawesbericht zur Erörterung gebracht worden sind, fertig zu werden.

Preußischer Landtag.

Berlin, 20. Oktober. Auf der heutigen Tagesordnung stand die dritte Beratung der von den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Gesetzentwürfe, wonach die Personalabbauverordnung dahin geändert werden soll, daß Wahlbeamten nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde abgebaut werden können. Die Deutsche Volkspartei hat hierzu den Antrag eingebracht, daß im Falle des Abbaues von kommunalen Wahlbeamten, falls der ordnungsmäßige Gang der Verwaltung durch den Abbaubeschluß gefährdet erscheint, die Aufsichtsbehörde auf Antrag durch eine einstweilige Verfügung feststellen kann, daß dem Einspruch aufschiebende Wirkung beigelegt wird.

Nach kurzer Erörterung, in der sich der deutschnationale Abgeordnete Brunk gegen den Gesetzentwurf aussprach, der den Abbau von Wahlbeamten verhindern soll, beantragte Abg. Ebersbach (Dtn.) namentliche Abstimmung. An der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Deutschen Volkspartei beteiligten sich nur 154 Mitglieder, sodaß das Haus beschlußunfähig war. Die Deutschnationalen und der größte Teil der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen.

In der nächsten Sitzung, die vom Vizepräsidenten Dr. von Kries sofort anberaumt wurde, wurde die Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums mit der Besprechung über Wohnungs- und Siedlungswesen fortgesetzt.

Sofort

muß das Abonnement auf das

täglich erscheinende

! Namslauer Stadtblatt !

für den **Monat November** bewirkt werden,

wenn in der Zustellung keine Unterbrechung erfolgen soll.

Alle Landbriefträger, Postanstalten

sowie unsere Geschäftsstelle Andreaskirchstraße 18,

die Ausgabestellen: Gaul, Wilhelmstraße und Klosterstraße

Leppin Ring, Siebenhaar Schützenstraße

und unsere Austräger

nehmen dauernd Bestellungen an.

Abg. Meyer (Soz.) behauptete, mit dem Prozentsatz der Miete, den das Ministerium jetzt den Hausbesitzern zugestanden habe, sei für diese bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung schon ein Ueberschuß möglich. Ueber diese Grenze dürfte nicht hinausgegangen werden.

Abg. Sonnenschein (Dtn.) erklärte, die Sozialisierung sei der Leitgedanke der Wohnungszwangswirtschaft gewesen, selbst in der Mieterschaft bestehe der Wunsch nach ihrer Aufhebung. In merkwürdigem Gegensatz zu dem angeblichen Schutz der Mieterschaft steht die Mietspolitik des Staates, der für Eigenwohnhäuser die vierfache Friedensmiete verlangt hat. (Zuruf rechts „Wucher"). Mit der sozialistischen Grundeinstellung muß Schluß gemacht werden. Miete und Hauszinssteuer sind klar zu trennen, damit der Mieter erkennt, was er an Miete und was er an Steuer zahlt. Die dritte Steuernotverordnung muß fallen. Aus der Hauszinssteuer sind Zinsbeträge für das Kapital zu gewähren. Kinderreiche Familien müssen Steuererleichterungen erhalten. Bei einer solchen Führung der Wohnungspolitik wird sich auch der Baumarkt wieder beleben.

Auch Abg. Dr. Grundmann (D. Vp.) sprach sich gegen die Zwangswirtschaft aus, die natürlich nur allmählich abgebaut werden könne. Seine Partei verlange die Aufstellung eines Programms für die freie Wohnungswirtschaft. Den Anfang könne man bei den gewerblichen Räumen und bei den großen Wohnungen machen. In der Steuergesetzgebung müsse auf die Neubautätigkeit mehr Rücksicht genommen werden. Die hohen Zinsen sollten in die Hausmiete nicht einkalkuliert werden; da müsse auf andere Weise abgeholfen werden. Schweden und Danzig hätten die Mieterschutzgesetzgebung abgeschafft und gute Erfahrungen damit gemacht.

Abg. Kilian (Komm.) polemisierte natürlich gegen die Hausagrarier. Er erklärte, daß die Wohnungsnot in Oberschlesien besonders stark sei. Eine Besserung versprach er sich nur dann, wenn die Kommunisten das Heft in die Hand bekämen.

Abg. Dominicus (Dem.) meinte, in der Zwangswirtschaft lägen immerhin eine Reihe sehr fühlbarer Mißstände begründet, sodaß alles aufgeboten werden müßte, um wenigstens eine gewisse Lockerung zu erreichen. Vielleicht könne man die ausschließlich zu Geschäftszwecken benutzten Räume von der Zwangswirtschaft freimachen.

Minister Hirtsiefer: Für Steuererleichterungen bei Neubauten sind wir stets eingetreten. Wir wollen auch zu einer freien Wirtschaft kommen, sind aber der Meinung, daß die bisherige Regelung das wirklich erträgliche Maß bedeutet. Warten Sie einmal ab, welchen Erfolg die Zurverfügungstellung der Hauszinssteuer für die Neubautätigkeit haben wird. Den Vergleich mit Schweden muß ich als absolut unzutreffend ablehnen. Dort sind ganz andere Verhältnisse. Vor allem hat Schweden einen ungeschmälerten Realkredit. Ebensowenig trifft der Vergleich mit Danzig zu: dort ist die Zwangswirtschaft nur für die rein gewerblichen Räume aufgehoben. Die Mieten dafür betragen aber heute schon das 4—10 fach der Friedensmiete. („Hört, hört" links.) Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist eine Sache des Landtages. Ein hervorragendes Mitglied der Deutschen Volkspartei hat mich dringend gebeten, von einer weiteren Erhöhung der Mieten abzusehen. Bei der Lösung dieser Frage sollte man mehr vom Standpunkte der Allgemeinheit als vom Interessentenstandpunkte ausgehen. Die Lösung der Wohnungsfrage ist die Lösung der Frage der Zukunft unseres Volkes. Günstigere Voraussetzungen für die heranwachsende Jugend unseres Volkes zu schaffen, betrachten wir als unsere Hauptaufgabe.

Abg. Ladendorff (Wirtschaftsver.) stellte fest, daß der Minister die Notwendigkeit einer Lockerung der Zwangswirtschaft zugegeben habe. Die Gegner der Wohnungszwangswirtschaft haben in ihren Voraussagen über die Wirkung der Zwangswirtschaft Recht behalten. Noch niemals ist solch rücksichtsloser, solch unverschämter Mietwucher getrieben worden wie seit der Zeit, seitdem wir ein Gesetz gegen den Mietwucher haben. Der Mieter kann heute mit seiner Wohnung durch Untervermietung jedes Geschäft machen, kann sich mit dem Erlös ein Eigenheim bauen. Der Vermieter aber muß sich mit dem Wenigen begnügen, was ihm zugestanden wird. Wer eine große Wohnung als Einzelperson bewohnen will, der kann sich, wenn er das Geld in der Tasche hat, das Recht vom Wohnungsamt erkaufen. Der Redner kritisierte weiter scharf die Tätigkeit der Wohnungsämter, besonders ihre Gebührenpolitik, wodurch oft Wohnungen längere Zeit leerstehen. Nach der Gebührenordnung des Wohlfahrtsministeriums muß z. B. ein deutscher Hausbesitzer, der sein ehemaliges Haus von einem Ausländer zurückkaufen wolle, 8000 Mark Gebühren zahlen. Die Wohnungsämter sind heute rein geschäftliche Unternehmungen geworden, die überschlüssigsten Behörden die es gibt. In Berlin werden heute viele Wohnungen lediglich wegen der billigen Miete gehalten. Würden die Mieten in einem richtigen Verhältnis zu der Wirtschaftslage gebracht, so würde in Berlin die Hälfte der Wohnungssuchenden Wohnung erhalten. Dem Althausbesitz muß die Möglichkeit zur Ausführung der Großreparaturen durch einen Teil der Hauszinssteuer gegeben werden. Die künstliche Niedrighaltung der Mieten zugunsten der Produktion ist einer der schlimmsten Fehler. Das Mieterschutzgesetz hat die darauf gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Nur der künstliche behördliche Eingriff in die Substanz ist die Ursache unserer Wohnungsnot.

Das Haus vertagte sich dann auf Dienstag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung: Landeswahlgesetz, Personalabbaugesetz, Fortsetzung der Aussprache zum Wohlfahrtshaushalt.

Zigarren-, Zigaretten-Import

Haesler

Namslau-Bernstadt.

Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit.

Paris, 21. Oktober. General Degoutte erließ eine Reihe von Verordnungen, wonach die alliierten Verwaltungen des besetzten Gebietes nicht am 28., sondern schon am 21. Oktober aufhören werden. Den deutschen Behörden wird die Zoll- und Forstverwaltung am 21. Oktober übergeben werden. Dieser Beschluß wurde nach einer Konferenz zwischen alliierten und deutschen Vertretern in Koblenz gefaßt, die gestern ein allgemeines Kompromiß unterzeichneten. Es heißt darin, daß alle Verkaufsverträge für Holz usw., die von den Alliierten beschlossen wurden, von Deutschland eingehalten werden müssen. Der auswärtige Handel soll von Deutschland geschützt werden, damit die Verwirrungen, welche die Abänderung des Regimes herbeiführen, möglichst abgeschwächt würden. Deutsch-alliierte gemischte Schiedsgerichtskommissionen werden über die Durchführung der Uebergangsmaßnahmen, die festgesetzt wurden, wachen. Die deutschen Behörden verpflichten sich, daß alle in das besetzte Gebiet eingeführte Waren zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet freien Verkehr haben. Diese Waren dürfen auch nicht verzollt und keinerlei Ausnahmemaßnahmen unterworfen werden. General Degoutte bestimmte ferner, daß am 28. Oktober um Mitternacht alle seit dem 11. Januar 1923 zur Ueberwachung der Pfänder im Ruhrgebiet und des Düsseldorfer Brückenkopfes geschaffenen alliierten Dienststellen aufgehoben werden. Gleichzeitig werden die deutschen Dienststellen wiederum in ihr Amt eintreten. Endlich bestimmte General Degoutte, daß ebenfalls am 28. Oktober um Mitternacht alle Bergwerke, Kokereien und andere industrielle, landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Unternehmungen, soweit sie von der Regie geleitet oder von den Besatzungsbehörden seit dem 11. Januar 1923 verwaltet wurden, ihren Besitzern zurückgegeben werden.

Räumung der badischen Rheinhäfen.

Berlin, 21. Oktober. Der Mannheimer Hafen ist heute morgen von den französischen Truppen geräumt worden, ebenfalls der Nebenbahnhof, das städtische Elektrizitätswerk und eine Schule, die mit Besatzungstruppen belegt war. Auch der Karls-

ruher Hafen ist heute morgen um 7 Uhr von den französischen Truppen geräumt worden. — Die Ausweisungen im besetzten Gebiet sind jetzt bis auf 25 zurückgenommen worden, und zwar 20 in der französischen Zone, 5 in der englischen Zone. Ueber diese Ausweisungen wird jetzt noch verhandelt.

Meldung der neuen polnischen Staatsangehörigen.

Eine Bekanntmachung des Regierungspräsidenten in Oppeln ordnet an, daß alle früheren deutschen Reichsangehörigen, welche die polnische Staatsangehörigkeit durch Option bis zum 10. Januar 1922 auf Grund des Artikels 91, Absatz 4 des Vertrages von Versailles erworben haben, dadurch, daß sie entweder selbst optiert haben oder daß eine Option für sie wirksam geworden ist, sich zur Vermeidung von Weiterungen bis zum 28. Oktober d. J. bei der Ortspolizeibehörde ihres Wohn- und Aufenthaltsortes zu melden haben. Es handelt sich hierbei nicht um die oberschlesischen Optanten auf Grund des Genfer Abkommens über Oberschlesien, sondern um die „Polen deutscher Reichsangehörigkeit im Alter von über 18 Jahren, die in Deutschland ihren Wohnsitz haben" und denen nach dem Artikel 91 des Vertrages von Versailles das Recht zustand, für die polnische Staatsangehörigkeit zu optieren. Die Meldepflicht dieser Optanten ergibt sich aus den kürzlich in Wien geführten deutsch-polnischen Verhandlungen.

Lokales.

Nachdruck unserer Originalberichte sowie Inserate, auch auszugsweise verboten.

?? **Namslau**, 22. Oktober.

= **„So ein Mädel" oder „Das Extemporale"** gelangt morgen, Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr im Grimm'schen Saale durch den katholischen Gesellenverein zur Aufführung. Das bekannte, äußerst humorvolle Lustspiel löst überall wahre Heiterkeitsstürme aus und kann der Besuch der Aufführung wärmstens empfohlen werden.

= **Neue Glocken.** Die neuen Glocken für die evangelische Kirche aus der Glockengießerei Geittner und Söhne in Breslau sind am Montag abgesandt worden und werden heute hier erwartet. Am Donnerstag, den 23., wird vor der Kirche eine Begrüßungsfeier sein, wozu die gesamte Gemeinde eingeladen ist. Die neuen Glocken werden vor dem Kirchportal bewundert werden können. Nach einleitenden Gesängen soll die Aufgabe der Glocken, jung und alt zu rufen und zu mahnen, in einigen sinnreichen Glockensprüchen ausgedrückt werden. Darauf wird einer der Herren Geistlichen eine kurze Begrüßungs- und Uebernahmerede halten. In der Nacht zum Freitag werden Mitglieder des evangelischen Jungmännerbundes das ehrenvolle Amt der Wache bei den Glocken übernehmen. Und im Laufe des Freitags sollen die neuen ehernen Rufer hoch im Turm befestigt werden. Weitere Einzelheiten über die Glocken und die am Sonntag geplanten Glockenweihefeiern (Festgottesdienst und Nachmittagsfeier) werden an dieser Stelle bekannt gemacht werden.

= **Die zweite Wagenklasse** wird im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau auf den Strecken Breslau-Ohlau.—Laskowitz-Beckern, Brieg—Strehlen, Goldberg—Reichtzt, Friedeberg a. Qu.—Heinersdorf a. P., Groß-Kunzendorf—Dt.-Wette, Heinersdorf OS.—Ottmachau, Jauer—Rohnstock, Lauban—Marklissa, Maltsch—Wohlau, Namslau—**Buchelsdorf**, Prieborn—Ottmachau, Schiedlow—Dt.-Leippe, Striegau—Merzdorf und Striegau—Maltsch nicht mehr geführt.

= **(Ein- und Auszahlungen im Postscheckverkehr.)** Nachdem das neue Münzgesetz von der Reichsregierung in Kraft gesetzt worden ist, hat das Reichspostministerium die Postanstalten angewiesen, bei Einzahlungen auf Zahlkarten außer Rentenmark alle zu Zahlungen an Postkassen zugelassenen Zahlungsmittel unbeschränkt entgegenzunehmen. Zu Auszahlungen im Postscheckverkehr werden gleichfalls außer Rentenmark die sonst zugelassenen Zahlungsmittel verwandt.

= **(Schlesische Reit- und Fahrschule.)** Es hat sich in Breslau die Genossenschaft Schlesische Reit- und Fahrschule gebildet. Beteiligt sind die an Pferdehaltung und Pferdezucht interessierten Kreise Schlesiens. Das Geschäftszimmer befindet sich vorläufig Breslau, Taschenstraße 21. Der Zweck der Schlesischen Reit- und Fahrschule ist die Ausbildung von jungen Leuten im Reiten und Fahren, in der Kenntnis von Behandlung des Pferdes, in der Hufpflege, in der Geschirr- und Wagenbehandlung. Die Ausbildung und der An- und Verkauf von Pferden wird vom Institut übernommen. Reit- und Fahrunterricht kann an jedermann erteilt und die Pferde pensionsweise eingestellt werden.

= **(Nach einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe)** genießen die Landwirtschafts-, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, Aerztekammern usw. sowie Vereinigungen von solchen Gebührenfreiheit, da die Tätigkeit dieser Kammern in der Hauptsache von allgemeiner Bedeutung und also auch die von ihnen veranlaßte Amtshandlung in der Regel als überwiegend im öffentlichen Interesse liegend anzusehen ist.

= **Die Durchführung der Einheitskurzschrift.** Nachdem die Regierungen des Reiches und der Länder den Julientwurf 1922 als deutsche Einheitskurzschrift anerkannt haben, wurde wie aus Berlin gemeldet wird, im Reichsministerium des Innern am 17. Oktober unter Leitung des Staatssekretärs Schulz eine Konferenz abgehalten, an der Vertreter aller Reichsressorts und der Landesregierungen teilnahmen. Die Konferenz stellte einstimmig zunächst eine amtliche Systemurkunde fest und beschloß darauf gleichfalls einstimmig, Richtlinien für die Einführung einer Einheitskurzschrift im Schulunterricht und im amtlichen Verkehr. Ferner beschloß sie die Einsetzung eines behördlichen Ausschusses für Einheitskurzschrift, der die weiteren Maßnahmen vorzubereiten hat, und setzte eine Sachverständigenkommission ein, die alsbald die Redeschrift festsetzen soll.

= **Gepäckbeförderung bei der Eisenbahn.** Zu der Sprechsaalnotiz „Eisenbahn- und Gepäckbeförderung" in den „Berl. N.-Nachrichten teilt die Reichsbahndirektion Breslau mit, daß das Gepäck 15 Minuten vor Abgang des Zuges aufgegeben sein muß, und daß Beförderung des Gepäcks bei Uebergang auf einen anderen Zug erst mit dem nächsten Personenzuge verlangt werden kann. Alle Personenzüge befördern auch Reisegepäck.

- **Postanweisungen** sind vom 1. November ab nur noch bis 1000 Mark zulässig.

= **Die Pressenotiz**, wonach jetzt Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr (anstatt wie bisher bis zum 4.) auf der Eisenbahn frei befördert werden sollen, ist nicht zutreffend. Die für die Kinderfahrpreise maßgebenden Vorschriften der Eisenbahn-Verkehrsordnung sind bisher nicht geändert worden, und es sind daher wie bisher nur Kinder bis zum vollendeten vierten Lebensjahr frei zu befördern, sofern für sie kein besonderer Platz beansprucht wird.

= **Einer Rezension** über das in der Jahrhunderthalle am 18. und 19. d. Mts. stattgefundene Konzert der schlesischen Reichswehrkapellen entnehmen wir folgendes: Die persönliche Anwesenheit des neuen Armee-Musikinspizienten Professor Hackenberger-Berlin verbürgte schon im voraus erlesene musikalische Genüsse. Diese Erwartungen wurden restlos erfüllt, brachte doch der erste Teil des Programms fast ausschließlich klassische Musik, bei der die Mitwirkenden ihr Können ins beste Licht zu stellen sich bemühten. Der Parademarsch „der Hohenfriedeberger" leitete auf das militärische Gebiet über. Als das Gros der Spielleute beim klingenden Spiel des Lockmarsches in den Kuppelbau einzog und glanzvolle Bilder entschwundener Zeiten in der Erinnerung aufstiegen, durchbrauste spontaner, nicht endenwollender Beifall die Riesenhalle. Damit war der innigste Kontakt zwischen den 350 Mitwirkenden und den 7000 Zuhörern hergestellt, die jede Programmnummer wie die Einlagen beifallsfreudig entgegennahmen. Den zweiten Teil füllte der „Große Zapfenstreich", der in dieser Aufmachung nur anläßlich der großen Korpsmanöver in der Vorkriegszeit seine Vorgänger gefunden hat. Hier rollten noch einmal hoch die Wogen vaterländischer Begeisterung. — Der Reinertrag des Riesenkonzertes kommt der notleidenden Bevölkerung Schlesiens zugute.

Provinzielles.

Ratibor. (Eine Landesbank für Oberschlesien.) In dem Landtagsitzungssaal der Provinz Oberschlesien kamen die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister Oberschlesiens, die Vertreter der Handels- und Handwerkskammer, der Landwirtschaft, wie oberschlesische Mitglieder des Staatsrates, des Reichs- und Landtags, Vertreter der oberschlesischen Raiffeisenorganisation, sowie des oberschlesischen Provinzialverbandes, der Gartenbauvereine zu einer vom Landeshauptmann einberufenen Konferenz zusammen, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Errichtung einer Landesbank für die Provinz Oberschlesien stand. In längeren Ausführungen berichtete der Landeshauptmann Piontek im Zusammenhange mit der Frage der Errichtung einer Landesbank über den derzeitigen Stand der jungen Verwaltung und ihre Auseinandersetzung der Provinz Niederschlesien. Die Versammlung trat den Ausführungen des Landeshauptmanns bei und faßte folgende Beschlüsse: 1. Wir sind für die Errichtung einer Landesbank für die Provinz Oberschlesien, und zwar einschließlich des Immobiliarkrebits. 2. Die in Ratibor Versammelten sind einstimmig der Auffassung, daß der Provinz Oberschlesien auch die wirtschaftlichen Aufgaben zur eigenen Verwaltung zu übertragen sind.

Siegersdorf. Beim Einfahren von Rüben stürzte das vierjährige Söhnchen des Gutsbesitzers Heim in Bienitz so unglücklich vom Wagen, daß ihm die Räder über den Kopf gingen, der buchstäblich zermalmt wurde.

Guhrau. Das vierjährige Töchterchen des Stellenbesitzers Eisert in Geitschen hing sich an einen beladenen Kartoffelwagen. Dabei kam es in ein Hinterrad, wurde erfaßt, herumgeschleudert und überfahren. Noch an demselben Tage erlag es seinen Verletzungen.

Letzte Nachrichten.

Der Aeltestenrat des Landtages für Auflösung.

Berlin, 21. Oktober. Der Aeltestenrat des Landtages hat den Antrag auf Auflösung des Landtages angenommen und an das Kabinett weitergeleitet. Der Haushalt soll nach dem Beschluß des Aeltestenrates noch ordnungsmäßig verabschiedet werden. Bei der zweiten Beratung soll die Redezeit nur 10 Minuten betragen. Bei der dritten Beratung soll jede Fraktion eine halbe Stunde sprechen. Der Landtag wird auch noch das neue Wahlgesetz verabschieden. Vor Sonnabend werden voraussichtlich die Beratungen nicht beendet sein. Nach dem weiteren Beschluß des Aeltestenrates wurde der Wahltag entsprechend der Festsetzung für die Reichstagswahlen auf den 7. Dezember angesetzt. Das Plenum wird sich morgen mit dem Beschluß beschäftigen. Das Staatsministerium hat einen vom Landtag angenommenen Beschluß der Landtagsauflösung nur noch zu verklinden. Die Gesetzentwürfe über die neue Städte- und Gemeindeordnung sollen nicht weiterberaten werden. Ein Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten auf Weiterberatung scheiterte an dem Widerspruche der Deutschnationalen.

Der Landtag gilt bis zur Neuwahl als fortbestehend, die nach Artikel 13 der preußischen Verfassung vor Ablauf der Legislaturperiode erfolgt sein muß. Auf diese Weise werden die preußischen Abgeordneten im Gegensatz zu den Reichstagsabgeordneten im Genuß ihrer Diäten bleiben.

Die Flucht aus der demokratischen Partei.

Berlin, 21. Oktober. Von den bei der Entschließung über die Regierungsbildung in der Minderheit gebliebenen Mitgliedern der demokratischen Reichstagsfraktion sind die Abgeordneten Dr. Gerland, Keinath und Schiffer aus der demokratischen Partei ausgeschieden. Ihnen haben sich die Mitglieder des preußischen Landtages Dominicus und Dr. Grund (Breslau) angeschlossen. Dem Parteivorstand ist hiervon in einem gemeinsamen Schreiben Mitteilung gemacht worden. Die bayerischen Reichstagsabgeordneten Dr. Geßler und Sparrer, die gleichfalls zur Minderheit gehörten, treffen ihre Entscheidung nach Fühlungnahme mit ihrer heimatlichen Organisation.

Dr. Gerland ist Professor der Rechte an der Universität Jena und im Wahlkreis 12 (Thüringen) gewählt; Abg. Keinath ist Leiter wirtschaftlicher Verbände und Präsidialmitglied des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels, gewählt auf der demokratischen Reichswahlliste; Abg. Schiffer, der aus Breslau stammt, war Reichsfinanz-, dann Reichsjustizminister, gehörte dem Reichstag seit 1912, dem Landtag seit 1903 an, gewählt im Wahlkreis 10 (Magdeburg). Abg. Dominicus, ehedem preußischer Innenminister, ist gewählt im Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord); Dr. Grund, Handelskammerpräsident in Breslau, im Wahlkreis 8 (Liegnitz). Von besonderem Interesse ist, daß Reichswehrminister Dr. Geßler dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung nicht widerstrebt hat.

Neueste Nachrichten.

(Wolff-Depeschen.)

(Depeschen des „Namslauer Stadtblattes.)

Brüssel, 21. Oktober. Der Ministerrat hat dem Entwurf der Antwort an die deutsche Regierung über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund seine Zustimmung erteilt. Er hat sich ferner dem Vorschlag des Ministers des Aeußern angeschlossen, das Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Konflikte zu unterzeichnen.

Köln, 21. Oktober. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, erfolgt die Uebernahme der von der französisch-belgischen Regie betriebenen Strecken durch die neue deutsche Reichsbahngesellschaft am Sonntag, den 16. November d. Js. Vorerst bleibt noch der Regiefahrplan maßgebend, dagegen treten vom Tage der Uebergabe ab die deutschen Tarife in Kraft. Die Einführung neuer Fahrpläne ist für den 30. November vorgesehen. Die Bezahlung des Fahrgeldes usw. in Franken kommt vom Uebernahmetag gänzlich in Fortfall. Am 16. November ab 12 Uhr nachts an werden wieder deutsche Fahrkarten verausgabt. Die Annahme und Ausfertigung der Güter erfolgt von da ab wieder nach den deutschen Bestimmungen. Die sogenannten Zollerklärungen kommen bereits heute in Fortfall.

Saarbrücken, 21. Oktober. Gestern abend wurde vom Oberstaatsanwalt der Kommandant der Saarbrückener Schutzmannschaft, Dörffert, und sein Adjutant Reinsbacher verhaftet. Beide werden wegen großer Schiebungen in Gold, Silber und Effekten sowie der Fluchtbegünstigung der an dem Bankerott der Saarländischen Effekten- und Wechselbank Schuldigen angeklagt. Dörffert ist zur Zeit des Waffenstillstandes einfacher Wachtmeister gewesen und unter der französischen Herrschaft allmählich bis zu seinem jetzigen Posten emporgestiegen.

London, 21. Oktober. Die deutsche Wiederherstellungsanleihe wurde anfangs mit einem Aufgeld von 2½% gehandelt. Kurz darauf mit 3%, und schließlich mit 8%. Zum Schluß zahlte man ein Aufgeld von 4%.

Paris, 21. Oktober. Bei einem Empfang der Vorstandsmitglieder der interparlamentarischen Handels-Union erklärte Kammerpräsident Painleve in einer Rede u. a.: Protokoll und Taxe können nur dann lebensfähig werden, wenn zu gleicher Zeit mit dem geschriebenen Abkommen auch die Völker abrüsteten. Dem Handel käme eine bedeutsame Aufgabe auch insofern zu, als sich durch ihn die Menschen und die Völker besser kennen lernten.

Havanna, 21. Oktober. Bei einem Tropensturm, der gestern über Arroyos de Mantua (Finar del Rio) losbrach, wurden acht Personen getötet und 50 verletzt. Fast jedes Gebäude der Stadt wurde beschädigt. Die Tabakernte hat erheblich gelitten.

(Privat-Telegramme.)

Berlin, 22. Oktober.

— In Gjerdrun bei Christiania verschüttete nach einer Meldung der Vossischen Zeitung ein Erdrutsch drei Bauernhöfe, sowie das Elektrizitätswerk und das Fernsprechamt der Stadt. 10 Personen wurden getötet. Der Erdrutsch ist auf heftige Regenfälle zurückzuführen.

— Zu der Festnahme des Kommunisten Höllein teilen die Blätter mit, daß auch gegen die früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Remmele und Grülewitz Haftbefehle erlassen worden sind. Die beiden letzteren hatten jedoch am Mittwoch abend unmittelbar nach Bekanntwerden der Reichstagsauflösung Berlin verlassen und waren für die Polizei unauffindbar. Wie die Blätter hören, bereitet die kommunistische Landtagsfraktion gegen die Strafverfolgung der bisherigen Reichstagsabgeordneten der K. P. D. eine Interpellation vor.

— Der im Auftrage des Reichsinnenministers Jarres ausgearbeitete Entwurf eines Journalistengesetzes ist laut Germania nunmehr den Spitzenverbänden der Presse zur Begutachtung übersandt worden.

Für die uns anläßlich des Hinscheidens unseres lieben Sohnes erwiesene Teilnahme und schönen Kranzspenden sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Peschel für die trostreichen Worte am Grabe.

Namslau, den 21. September 1924.

Karl Heinrich
und **Frau.**

Kath. Gesellenverein.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr im Grimmschen Saale

Oeffentliche Theateraufführung

„So ein Mädel" oder „Das Extemporale".

Lustspiel in 3 Akten von H. Sturm und M. Färber.

Preise der Plätze: 50 Pf., 75 Pf. und 1,— Mk.
Vorverkauf bei Haesler und Slanina.

Bühnenvolksbund.

Freitag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr in Grimm's Hotel:

„Emilia Galotti"

Tragödie in 5 Akten von G. E Lessing
(Stadttheater Brieg.)

Preise: Sperrsitz 2,50 Mk., 1. Platz 2,00, Mk., 2. Platz 1,00 Mk., Stehplatz 0,50 Mk., für Mitglieder des B.-B.-P. Sperrsitz 1,50 Mk., 1. Platz 1,20 Mk., 2. Platz 0,80 Mk. Karten bei Herrn Haesler und an der Abendkasse. — Textbücher in der Buchhandlung Opitz.

Volksbildungsverein.

Mittwoch, den 22. Oktober 1924
abends 1/2 8 Uhr im Opitzschen Saale

Lichtbildervortrag

des Direktors der Sternwarte Breslau-Krietern,
Herrn **Dr. Feige:**

Deutsche Luftfahrt.
Amerikafahrt des L. Z. 126!

Eintrittskarten (nur an der Kasse): Mitglieder 0,60 M. und 0,40 M. Nichtmitglieder: 1,— M. und 0,60 M.

Der Vorstand.

Villa

zu kaufen oder mieten gesucht.

Beschlagnahme- und bezugsfrei März 1925.
7 große Räume mit reichlich Nebengelaß und Keller, Garten bis ca. 1 Morgen Größe mit Kleinviehhaus, nicht weiter als 10 Min. von Bahnstation. Preis bei Barzahlung nicht über 25 Mille.
Ausführliche Offerten erbeten unter „v. B. 50" an die Geschäftsstelle des „Stadtblattes".

Briefpapier-Cassetten

in großer Auswahl
empfiehlt
Oskar Opitz, Buch- und Papierhandlung
Namslau.

Die Begrüßungsfeier zur Ankunft der neuen Glocken

findet
Donnerstag, den 23. Oktober, nachm. 4 Uhr vor der Kirche
statt.

Namslau, den 21. Oktober 1924.

Der Gemeindekirchenrat.
Fuhrmann.

Hotel „Goldene Krone".

Donnerstag, den 23. Oktober

Großes
Schweinschlachten

Abends 6 Uhr:
Wellfleisch und Wellwurst.
Ab 7 Uhr:
Wurstabendbrot

wozu ergebenst einladet

A. Hübner.

Verein Heimatstreuer Ostmärker

Oels (Schles.)
Ortsgruppe des deutschen Ostbundes

Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten, die ihre Schäden noch nicht angemeldet haben oder deren Anträge noch nicht erledigt sind, wollen sich sofort zwecks Wahrung Ihrer Interessen an den obigen Verband

in Oels, Wilhelmstraße 3

wenden, da die Auflösung der Vorprüfungsstelle in Kürze bevorsteht.

Der Vorstand.

Neue Bettfedern
und Daunen

Schleißfedern	3.25
Halbweiße Schleißfedern . . .	4.50
Weiße Schleißfedern	5.50
Hellweiße, daunige Schleißfedern	7.25

Daunen in verschiedenen Preislagen.

Spezial-Bettfedern en gros en detail

A. Bandmann

Verkauf: Hindenburgplatz. Telephon 29.

Schützengilde.

Mittwoch, den 29. Oktober cr., abends 8 Uhr

Generalversammlung
im Vereinslokal.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

In den nächsten Tagen
beginnt ein
Anfänger-Unterricht
in der
amtlichen
Einheits-Stenographie

wie solche seit dem 20. September cr. eingeführt ist.
Anmeldungen unter **C. 106** an die Geschst. des „Stadtbl.".

Gebrauche

Ata, — und im Haus sieht's stets bei Dir wie Sonntag aus. — Mit

Ata

kannst Du alle Sachen blitzblank und appetitlich machen.

---

1 Schlüssel

am Sonnabend nachmittag
verloren.

Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben in der Geschst. des „Stadtbl." abzugeben.

Musikwaren!

Bitte beachten Sie mein Schaufenster.

Leppin, Namslau
Ring 28.

Suche

zum 1. Dezember oder später
auf größerem Gut
für meinen 18jährigen Sohn, gesund, kräftig, evangelisch
Stellung
als zweiter Beamter.
3jähr. prakt. Lehrzeit, sämtl. Arbeiten mitgemacht, worüber gute Zeugnisse vorhanden, liegt hinter ihm. Offert. unter **R. K.** an die Geschst. d. „Stadtbl."

Ein- und Verkaufs-Geschäft **gebr. Möbel, Betten, Nähmaschinen, Kleidungsstücke und Schuhwerk. Schwitalla,** Schulstraße 2.

Geld in jeder Höhe zu vergeb. **Heiduck,** Breslau Glog. Str. 15. Rückp. beif.

Wagenfett, Maschinenfett, Dichtungen, Schläuche, Carbolineum, Eisenlack, Pinsel, Farben, Fussboden-Lacke, Benzin, Benzol.

Oscar Tietze
Germania-Drogerie.

Ein noch **guterhaltener**
Britschke-Wagen
billig zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Stadtbl.

Inserenten, Leser und sonstige Freunde

des

„Namslauer Stadtblatt"

lassen sie sich nicht beirren und halten Sie treu zu Ihrer **langjährigen Heimatzeitung** dem

„Namslauer Stadtblatt".

Prüfen Sie den Inhalt und Sie werden zu der Ueberzeugung kommen, daß für Stadt und Kreis Namslau die richtige Zeitung nur das

„Namslauer Stadtblatt"

ist.

Wöchentlich 6 Ausgaben!

Ständig wachsende Abonnentenzahl!

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 21. Oktober 1924 gezahlten Preisen in Goldmark (1 Goldmark = 10/42 Dollar) ab schlesischer Verladestation, Getreide und Oelsaaten in vollen Waggons. Tendenz: Getreide: Brotgetreide flau. — Hülsenfrüchte: Ruhig. — Kartoffeln: Bei ausreichendem Angebot unverändert. — Rauhfutter: Stetig. — Mehl: Matt.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	21.	20.	Oelsaaten:	21.	20.
Weizen	22,50	23,50	Raps, Wint. 1923	—	38
Roggen	22,50	23,50	do. 1924	—	—
Hafer, alter ..	19,00	19,00	Leinsamen	—	43
Braugerste ...	27,00	27,00	Senfsamen	—	46
Mittelgerste ..	23,00	23,00	Hanfsaat	—	40
Futtergerste ..	—	—	Mohn, blau ..	—	100

Die Preise verstehen sich bei sofortiger Bezahlung.

Speise-Kartoffeln (je 50 kg). Rote 2,30, weiße 2,30. — **Fabrik-Kartoffeln** für das Prozent Stärkegehalt 0,10 Mk.